

## Der Kosovo-Konflikt in polnischer Sicht

Einen feierlichen Dankgottesdienst für die Aufnahme Polens in die NATO hielt Militärbischof Głódź am 14. März 1999 in Warschau. Diese Aufnahme, so sagte der Bischof im Range eines Generals, sei „der Beginn einer neuen Etappe in unserer Geschichte“<sup>1</sup>. Schon einen Monat zuvor hatte er nach der Entscheidung des polnischen Sejms über den Beitritt zum Bündnis erklärt, jetzt müsse die Devise des polnischen Soldaten – „Gott, Ehre, Vaterland“ – „noch heller erstrahlen“, denn die polnischen Soldaten brächten in die NATO „ihre Geschichte und ihr Ethos“ ein.<sup>2</sup>

Die Erleichterung, dass man endlich in einem gesicherten Paktsystem angekommen sei, war – nimmt man die äußerste Rechte und Linke aus – allgemein im Land verbreitet. Aber die Freude wurde bald durch das Eingreifen in Jugoslawien getrübt. Die NATO war, wenn auch regional begrenzt, „im Krieg“. Wie reagierte die polnische öffentliche Meinung auf diese Entwicklung? Wie namhafte katholische Kommentatoren?

Am 22. Mai 1999 schrieb die linke Warschauer Wochenzeitschrift „Polityka“, dass „Polen nach außen ein entschiedenes, mit der NATO solidarisches Gesicht zeigt. Dennoch hat der Kosovo-Konflikt die polnischen Politiker gespalten, dabei unterscheiden sich in seiner Beurteilung nicht nur die Linke und die Rechte – die Trennungslinien verlaufen auch quer durch die einzelnen Formationen.“ Bester Beweis dafür könne die Freiheits-Union (UW) sein, die sich „emotional und kompromisslos für die NATO ausspricht“, während „fast ein Viertel ihrer Wähler eine in dieser Frage abweichende Meinung zeigt“.<sup>3</sup> Andererseits habe der Belgrad-Besuch

*„Der Kosovo-Konflikt hat die polnischen Politiker gespalten – die Trennungslinien verlaufen quer durch die politischen Formationen.“*

<sup>1</sup> KAI, „Biuletyn Informacyjny“, Warschau, Nr. 11/99.

<sup>2</sup> KAI, „Biuletyn Informacyjny“, Nr. 7/99.

<sup>3</sup> „Polityka“, Warschau, Nr. 32/99.

*Wolfgang Grycz, Slawist, ist Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.*

von vier Abgeordneten des postkommunistischen Bündnisses der Demokratischen Linken (SLD) den Widerspruch vieler ihrer Parteigenossen gefunden. Die in diesem Zusammenhang zitierten Politiker der einzelnen Parteien zeigen ein weites Meinungsspektrum: von der unbedingten militärischen Durchhalteparole bis hin zur Verurteilung der NATO-Angriffe. Bei vielen Vertretern der einzelnen Parteien offenbart sich jedoch die Tendenz, eine friedliche Lösung zu finden. Nach einer Erhebung vom Ende März 1999 sprachen sich bei der Bauernpartei PSL 39% der Wähler gegen die NATO-Intervention aus, bei der postkommunistischen SLD sind es 35%, bei der Freiheits-Union UW 23% und beim Wahlbündnis „Solidarność“ (AWS) nur 16%.

Renommierte katholische Zeitschriften haben den Balkan-Problemen schon lange Aufmerksamkeit geschenkt. So hat sich auch die katholische Warschauer Monatszeitschrift „Więź“ mehrfach mit der Frage beschäftigt, was mit dem Kosovo werden solle. Noch in der Dezember-Ausgabe 1998 schrieb Redaktionsmitglied Jacek Borkowicz, es treffe nicht zu, „dass Albaner aus dem Kosovo nicht mit den Serben zusammen leben können. Es trennt sie ja kein Meer von Blut. Die nationalen Erwartungen der Albaner könnten durch eine wirkliche und umfassende Autonomie für das Kosovo befriedigt werden – und diese Autonomie kann ihnen nur ein demokratisches Jugoslawien sichern.“ Hier fänden die Albaner natürliche Verbündete bei den serbischen Studenten, bei der serbischen Intelligenz und auch in Montenegro. „Heute sagen viele Serben offen: wir sind gegen Milošević, aber auch gegen die Teilung unseres eigenen Landes. Wenn der Westen die albanische Irredenta im Kosovo unterstützte, dann würde dies nur die – ohnehin schon unerhört schwierige – Situation der serbischen demokratischen öffentlichen Meinung verschlechtern ..., es gäbe auch der serbischen Xenophobie Nahrung.“<sup>4</sup>

Der Verfasser erhofft sich zu jener Zeit noch viel von den serbischen Oppositionellen, macht ihnen aber auch klar, dass nur ein wirklicher Föderalismus des Staates Jugoslawien eine Lösung bringen könne, „in dem jedoch – entgegen dem Namen – nicht nur Slawen leben“.

### An die Konsequenzen denken!

Nach dem Beginn der NATO-Aktion kam es zu unterschiedlichen Reaktionen. Aber auch bei denen, die diesen Angriff eindeutig bejahten,

<sup>4</sup> „Więź“, Warschau, Nr. 12/98.

finden sich nachdenkliche Stimmen. Die Beraterin des Ministerpräsidenten Buzek, Agnieszka Magdziak-Miszewska, ebenfalls Redakteurin von „Więź“, schreibt in der Mai-Nummer ihrer Zeitschrift: „Zu Beginn möchte ich klarlegen, dass ich keinen Zweifel habe, dass wir die in diesem Augenblick einzig mögliche Entscheidung getroffen haben – Milošević hat uns keine Wahl gelassen: die Bombardierungen mussten beginnen ...“<sup>5</sup> Sie betont, dass sie absichtlich die Wir-Form verwende, denn „wir – Polen – ... sind Mitglied der NATO ...“ Die von ihr nachstehend geäußerten Zweifel sollen die Notwendigkeit dieser Entscheidung nicht in Frage stellen, doch beträfen sie die „nach meiner Überzeugung fundamentale Frage: Wussten wir, was wir machen, und sahen wir die möglichen Konsequenzen unserer Handlungen voraus? Die Ausführung unserer Entscheidung vertrauten wir Spezialisten an. An sie, die in unserem Namen handelten“, seien ihre folgenden Fragen gerichtet.

Die meisten Kommentatoren seien sich im klaren, dass seit dem Krieg um das Kosovo „die Welt nicht mehr die gleiche ist“. „Zum ersten Mal wurde ein souveräner Staat wegen des permanenten, drastischen Bruchs der Menschenrechte militärisch angegriffen, zum ersten Mal geschah das in Europa, und zum ersten Mal wurde die Entscheidung über den Beginn einer Militärintervention vom Bündnis der 19 Staaten gefällt“, ohne dass man ein Mandat des UN-Sicherheitsrates gehabt hätte.

Daraus ergeben sich weitere Fragen: Hat man sich mit diesem Präzedenzfall ein für alle Mal dafür entschieden, dass Menschenrechte der höchste Wert seien? Wichtiger als die Achtung der staatlichen Souveränität? Wenn ja, „sind wir imstande uns vorzustellen, wie eine Rechtsordnung einer Welt aussieht, die nach dem Prinzip übergeordneter Menschenrechte funktioniert? Lässt sich eine solche Welt überhaupt bauen?“ Wenn aber der „Cassus Serbien“ ein Ausnahmefall sein soll, dann frage sie sich, „welche unumstößlichen Argumente wir für unsere Weigerung gegenüber Völkern haben, die an vielen Orten der Welt nicht weniger als die Albaner im Kosovo leiden?“ Weiter müsste man sich fragen, ob mit dem Beginn des Bombardements auf Belgrad „wir uns klar waren, dass wir gerade vielleicht eine Destabilisierung des brüchigen *status quo* auf dem Balkan beginnen und dass wir damit die Verant-

*„Welche unumstößlichen Argumente haben wir für unsere Weigerung gegenüber Völkern, die an vielen Orten der Welt nicht weniger als die Albaner im Kosovo leiden?“*

<sup>5</sup> „Więź“, Nr. 5/99.

wortung nicht nur für die Rückkehr der Flüchtlinge ins Kosovo übernehmen ...“

Die Autorin sorgt sich um die Reaktionen in Russland. Rechne man nicht zu sehr damit, dass sich dieses Land ja gar keinen völligen Bruch mit dem Westen leisten könne? Ganz besonders aber ist sie um die Ukraine besorgt, um deren Stellung zum Westen. Sie fragt: „Rechneten wir damit, dass der Preis für unsere Balkan-Operation die völlige Marginalisierung des pro-westlichen Teils der politischen Klasse der Ukraine bedeuten kann? Anders gesagt: Wussten wir, dass die Konsequenz unseres Handelns der politische Verlust Kiews sein kann?“

Einen Monat später kommentiert Magdziak-Miszewska das 50-jährige Jubiläum der NATO vor dem Hintergrund der Kosovo-Krise. Man habe dieses Fest schon lange sorgfältig vorbereitet, es sollte den 50-jährigen Frieden in Europa feiern, den die NATO ermöglicht habe. „Der Krieg mit Jugoslawien hat den Charakter des Jahrestages dramatisch verändert ...“<sup>6</sup> Nicht nur dass keine russische und weißrussische Delegation erschien, das „Kosovo stellte die inhaltlichen Diskussionen über die Einzelheiten einer neuen NATO-Strategie in den Schatten. Ersetzt wurden sie, entsprechend der Not des Augenblicks, durch die Demonstration der Einheit unter den Bündnismitgliedern und ihres unverbrüchlichen Glaubens an den Sieg der Prinzipien, in deren Namen man sich zum Krieg entschlossen hat“, wenngleich man in Washington dieses Wort als politisch inkorrekt vermeide.

Die Verfasserin schreibt, ob man trotz der Balkan-Tragödie aus diesem NATO-Jubiläum nicht etwas mehr machen können als eine Manifestation der euro-atlantischen Solidarität. Hätte man nicht hier einen NATO-Plan für den Balkan oder zumindest dessen Konturen vorlegen können? Ihre Antwort auf diese Frage: „Das Problem besteht darin, dass die in Washington manifestierte Einheit in Wirklichkeit keine ist. Im Wege stehen, wie gewöhnlich, die Unterschiede der europäischen Interessen. Das Kosovo-Drama offenbart mit ganzer Kraft das Deklarative solcher Begriffe wie gemeinsame Außenpolitik und gemeinsame Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Das ist immer noch vor allem eine Außenpolitik Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Großbritanniens, diktierter von dem eigenen nationalen Interesse und manchmal ganz einfach von nationalem oder staatlichem Ehrgeiz ...“ Die Analyse der Warschauer Publizistin schließt recht pessimistisch: „Die

<sup>6</sup> „Wieź“, Nr. 6/99.

Vision eines Europas des 21. Jahrhunderts wird immer weniger optimistisch und immer schwerer vorausschaubar. Ebenso schwer lässt sich heute die Zukunft der NATO vorausschauen, deren 50. Geburtstag wir ohne Feuerwerk, gerade mal mit einem Schluck eines etwas bitteren Champagners feierten.“

## Gegensätzliche Meinungen – offen ausgetragen

Die überwiegende Mehrzahl der polnischen Beobachter und Kommentatoren hat den NATO-Einsatz gegen Jugoslawien als notwendiges Übel gebilligt, dennoch bleibt viel Nachdenklichkeit zurück. Auch äußern sich gerade im katholischen Bereich genügend Stimmen, die davor warnen, die Serben insgesamt zu verteufeln. Jacek Borkowicz bittet seine Landsleute, hier kein vorschnelles Urteil zu fällen. Man müsse den serbischen Nationalismus verurteilen, müsse aber auch seine komplizierte Genese kennen. Er distanziert sich von hochmütigen Thesen mancher westlicher Persönlichkeiten, denen zufolge „nicht nur Milošević, sondern auch das ganze serbische Volk das moralische Recht auf Souveränität über das Kosovo verloren hat“. Sie müsse man daran erinnern, „dass auch der Westen mittelbar zur Entstehung des Tyrannen Milošević beigetragen hat, weil er seinem geistigen Vater Tito ermöglichte, so stark zu werden. Und hier geht es gar nicht um die Gemeinsamkeit im serbischen Nationalismus: Tito war ja nicht Serbe, sondern Kroate. Es geht darum, dass der eine wie der andere Kommunisten sind.“ Das serbische Volk aber müsse, „bevor es sich für die von seinen Landsleuten im Kosovo verübten Verbrechen verantwortet, die Möglichkeit haben, die Lage richtig einzuschätzen. Bei der Informationsblockade, die Milošević den serbischen Medien auferlegte, wäre es unangebracht zu behaupten, dass die Serben insgesamt die Vertreibung der Kosovo-Albaner unterstützten ... Von den Serben als solchen können wir im Augenblick nur sagen, dass sie durch die Kriegspropaganda Belgrads verführt sind. Seien wir also nicht voreilig mit generalisierenden Beurteilungen“.<sup>7</sup>

Ganz entschieden begrüßt der auch in Deutschland bekannte Schriftsteller Stanisław Lem in der Krakauer katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ die Militäraktion der NATO. Er geht so weit, unter Berufung auf das Alte Testament und „die Geschichten von Sodom

<sup>7</sup> „Wieź“, Nr. 5/99.

und Gomorrha“ zu schreiben: „... mit großem Vergnügen sähe ich einen Feuerregen, der nicht nur über die Serben, sondern auch über verschiedene europäische Hauptstädte niedergeht“. Dagegen wendet sich mit Entschiedenheit in der gleichen Zeitung, eine Woche später, Pater Stanisław Musiał SJ. Er will „die subjektiven Empfindungen“ des Autors nicht moralisch qualifizieren, aber den auf Jugoslawien niedergehenden tatsächlichen „Feuerregen“ bewerten. Sein Urteil fällt scharf aus:

„Ich verstehe, dass unsere politischen Führer jeglicher Couleur, die von dem kürzlichen Erfolg der Aufnahme Polens in die NATO verzauert sind, für diesen ‚Feuerregen‘ sein müssen, aber müssen die Massenmedien fast einstimmig den Politikern sekundieren? Ich würde dazu raten, erst einmal die Vorstellungskraft zu gebrauchen und den Versuch zu machen, sich in die Lage der Menschen hineinzufühlen, auf die der ‚Regen‘ aus Bomben fällt. Ich bin unmittelbar vor dem 2. Weltkrieg geboren, und mein stärkstes Erlebnis aus der Kriegszeit – war eben das Dröhnen der über unseren Ort hinwegfliegenden Bomber und der Anblick der brennenden sowjetischen Panzer ... Bis heute suchen mich im Schlaf die Albträume jener Jahre heim.“<sup>8</sup>

Er sei überzeugt, dass Präsident Milošević und seine Leute von solchen Angriffen unbehelligt blieben. Der Durchschnittsmensch sei der „Adressat des ‚Feuerregens‘“. „Am stärksten leiden Alte und Kranke, in

ganz besonderer Weise die Kinder. Man braucht seine Vorstellungskraft nicht zu überanstrengen, um sich die Angst und das Entsetzen klarzumachen, das sich in deren Augen spiegelt, wenn die Luftsichtzsirenen losbrüllen. Ich glaube, dass

keinerlei Wiederaufbauplan die psychischen Schäden beheben kann, die die Kinder in Jugoslawien davontragen.“ Die Piloten, die aus der Luft Tod und Vernichtung bringen, hätten vielleicht als Kinder Kriegsspiele an Computern betrieben, jetzt „spielen sie“ schon den richtigen Krieg.

P. Musiał (der sich in Polen mit seinem langjährigen Einsatz gegen Antisemitismus nicht nur Freunde gemacht hat) verwahrt sich gegen den Vorwurf, „dass ich nur mit den Serben Mitleid zeige. Das stimmt nicht. Noch mehr als die Serben bemitleide ich natürlich die Albaner aus dem Kosovo, die ermordet, aus ihren Häusern vertrieben wurden, sich unter

<sup>8</sup> „Tygodnik Powszechny“, Krakau, Nr. 23/99.

schwierigen Bedingungen in Flüchtlingslagern drängen ... Die These meiner Ausführungen ist folgende: Die Angriffe der NATO trugen zur *Vervielfältigung* der Tragödie aller Bewohner der Region bei.“ Zu einem beabsichtigten „Marshallplan für den ganzen Balkan“ bemerkt der Verfasser: „Das ist so, als wollte man sagen: zuerst ruinieren wir euch, dann bauen wir euch wieder auf ... Es ist eine Illusion zu glauben, das Gespenst des Nationalismus auf dem Balkan (und irgendwo anders) lasse sich mittels Bomben vertreiben.“

So scharf wie P. Musiał hat kaum ein anderer namhafter polnischer Geistlicher Stellung gegen die Bomben auf Jugoslawien genommen. Dennoch macht auch der sehr sachliche Kosovo-Hintergrundbericht der kirchenoffiziösen Warschauer katholischen Nachrichtenagentur KAI deutlich, dass die eigentlichen Ziele der NATO-Angriffe erst einmal unerreicht blieben. Es heißt dort: „Die Luftangriffe der NATO-Streitkräfte sollten grundsätzlich u.a. dazu führen, dass Jugoslawiens Präsident Slobodan Milošević beseitigt wird, dies sollte Delegationen der beiden zerstrittenen Seiten wieder an den Verhandlungstisch bringen und die Möglichkeit schaffen, eine dauerhafte Lösung zu finden. Doch ‚Slobo‘ denkt gar nicht daran, abzutreten, sondern im Gegen teil – seine Position hat sich angesichts der Luftangriffe sogar noch gefestigt.“<sup>9</sup> Zugleich verweist die Nachrichtenagentur darauf, welch große Aufmerksamkeit der Vatikan dem Drama im Kosovo widmet. Besonders die Friedensappelle des Papstes und die entsprechenden vatikanischen diplomatischen Missionen und humanitären Aktionen werden hervorgehoben.

## Nach dem Sieg

Als der Krieg im Kosovo offiziell vorbei war, wandte sich die Aufmerksamkeit der Frage zu, wie es weitergehen soll. „Was tun mit diesem Sieg?“ – so lautet die Überschrift eines Beitrags, den Jacek Borkowicz in der August-Nummer von „Więź“ veröffentlichte. Er nennt den „Krieg im Kosovo ... ein technisches Meisterstück. In ihm starben keine Soldaten (nicht einmal Soldaten des Gegners!), zerstört wurden dagegen – von marginalen Fehlern abgesehen – Militärbasen und andere strategische

<sup>9</sup> KAI, „Biuletyn Informacyjny“, Nr. 14/99.

Objekte. Dass man der jugoslawischen Armee aus der Luft durch einen in der Praxis unverwundbaren Gegner zusetzte, brachte schließlich den erwünschten Erfolg – Milošević’ Truppen zogen sich kampflos aus dem Kosovo zurück, wohin die albanischen Flüchtlinge wieder zurückströmten.“<sup>10</sup>

Dennoch sollten „für den Sinn dieses Krieges ... nicht technische Gründe entscheidend sein. Der Beginn der NATO-Luftangriffe provozierte nicht so sehr den serbischen Diktator, sondern gab ihm den – wohl erwarteten – Vorwand, eine große Aktion zur ethnischen Säuberung durchzuführen. Eine Million Albaner wurde aus ihren Häusern vertrieben, die zu einem großen Teil vernichtet wurden. Zehntausend von ihnen fielen (nach ersten Schätzungen) Massakern zum Opfer. Das alles geschah in den zwei Monaten, während deren NATO-Flugzeuge Belgrad bombardierten. Der sterile Luftkrieg, der auf den Monitoren der Paktbasen in Italien verfolgt wurde, hatte als Begleiterscheinung den Leichengeruch in den unzugänglichen Bergen des Kosovo. Konnte man diesen Menschen wirklich nicht helfen? Werden in den Kriegen des 21. Jahrhunderts ausschließlich Zivilisten sterben?“

Trotz dieser drängenden Fragen meint der polnische Autor, dass der NATO-Sieg „über das Jugoslawien eines Milošević eine Tatsache ist“. Jetzt aber trete eine andere Frage in den Vordergrund: „Was machen, um den Frieden im Kosovo zu bewahren?“

Vor allem, so Borkowicz, dürfe man es nicht „zu einer neuen ethnischen Säuberung kommen lassen, die diesmal von den zurückkehrenden Albanern gegenüber den Serben durchgeführt würde“. Dazu müssten u.a. „die albanischen Partisanen der UÇK völlig entwaffnet werden. Die KFOR muss die einzige bewaffnete Kraft auf dem Territorium des Kosovo bleiben. Wie lange? Mindestens einige Jahre, sicher länger als bis zu den ersten freien Wahlen. Der im Kosovo entfachte Hass wird nur langsam erlöschen.“

Die Verurteilung der Verbrechen des Milošević-Regimes steht für die meisten polnischen Beobachter außer Frage, dennoch gelten die neuen Sorgen dem Schicksal der verbliebenen Serben (und Roma) im Kosovo. Anfang August 1999 berichtet in der „Polityka“ Marek Orzechowski aus Prizren, das optimistische Szenario einer nun beginnenden albanisch-serbischen Versöhnung im Kosovo habe sich als Illusion erwiesen.

<sup>10</sup> „Więź“, Nr. 8/99.

Jetzt nähmen die einst unterdrückten und vertriebenen Albaner die Justiz in die eigene Hand – sie übten Rache auf eigene Faust.<sup>11</sup>

Diese Sorge um das Schicksal der verbliebenen Serben wuchs auch bei Leuten, die aus ihrer starken Sympathie für die albanische Sache nie einen Hehl gemacht hatten. So auch die vorzügliche Kennerin der Jugoslawien-Problematik Anna Husarska. Noch im Juli 1999 hatte sie im Krakauer „Tygodnik Powszechny“ ihre eindeutig pro-albanische Haltung bekundet. Den gemäßigten Albaner-Führer Rugova hatte sie als „Kreuzung aus Gandhi und Apparatschik“ bezeichnet.<sup>12</sup> Elf Wochen später, im „Tygodnik Powszechny“ vom 10. Oktober 1999, zeigt sie, dass sie – bei allem Wohlwollen für die Albaner – nachdenklich geworden ist. Sie hat drei Jahre lang vor dem Ausbruch des Konflikts in einer internationalen Krisengruppe im Kosovo gearbeitet. Dabei konnte sie die Unterdrückung der albanischen Mehrheit an Ort und Stelle beobachten. Ganz Prishtina habe damals unter dieser bedrückenden Atmosphäre gelitten. Heute endlich dürfte die Mehrheitsbevölkerung wieder sie selber sein. Dennoch kommen ihr Bedenken:

„Aus irgendeinem Grund fühle ich mich jedoch nicht wohl hier und teile nicht restlos ihre (der Albaner) Freude.“ Sie wolle kein vorschnelles Urteil fällen nach all dem, was die Serben hier angerichtet hätten. Doch: „Im Kosovo, in das ich unlängst zu einem Kurzbesuch zurückkehrte, stieß ich auf viele Anzeichen, die davon zeugen, dass hier etwas Ungutes geschieht.“<sup>13</sup>

Früher, unter den Serben, habe sie am meisten die weit zu hörende Beschallung mit serbischer Volksmusik gestört, keiner konnte wagen, dagegen zu protestieren. „Jetzt werden die Gespräche auf der Hauptstraße von Prishtina durch Lieder erschwert, die zum Ruhm der Helden und Märtyrer der UÇK erklingen und mit höchster Lautstärke von den Straßenverkäufern, die mit Kassetten handeln, auf die Menschen losgelassen werden. Der Redakteur der hiesigen albanisch-sprachigen Tageszeitung ‚Koha Ditore‘, mit dem ich zu sprechen versuchte, sagte einem der Händler, er sollte die Musik ein wenig leiser stellen, dafür wurde er mit einem missbilligenden Blick und einem unverschämten Kommentar in albanischer Sprache bedacht.“ Wenn sie mit ihrem jugoslawischen Auto-Kennzeichen parken wolle, müsse sie den Wagen durch eine inter-

<sup>11</sup> „Polityka“, Nr. 32/99.

<sup>12</sup> „Tygodnik Powszechny“, Nr. 30/99.

<sup>13</sup> „Tygodnik Powszechny“, Nr. 41/99.

nationale Organisation bewachen lassen, sonst könnte ein „albanischer ethnischer Purist“ ihn zerstören, „für den diese Kennzeichen – aus Montenegro – einen Beweis darstellen, dass ich ein Feind bin.“

Sie berichtet davon, welche Angst die verbliebenen Serben in der Hauptstadt des Kosovo haben: von 40.000 sind nur einige Tausend übrig, zumeist „alte, allein stehende Menschen, die keine Kraft zur Flucht haben“. Einer dieser Zurückgebliebenen ist die siebzigjährige Witwe Milka. Sie fürchtet sich vor den Albanern, hat jedoch in den vierzig Jahren ihres Lebens im Kosovo kein Albanisch gelernt, die Sprache von 90% ihrer damaligen Nachbarn. Jetzt aber „ist es sehr riskant, auf der Straße Serbisch zu sprechen. Vor einigen Wochen überzeugte sich Milka davon am eigenen Leibe: als sie Brot kaufen wollte, beschimpften die anderen Kunden sie, und der albanische Bäcker bediente sie nicht – später brachte er ihr das Brot in die Wohnung, aber erst, nachdem er sich überzeugt hatte, dass niemand ihn sieht.“ Allerdings hat diese alte Serbin keinerlei Gewissensbisse wegen der ethnischen Säuberungen, die ihre serbischen Landsleute einst an den Albanern verübtten.

Überhaupt sei, so Anna Husarska, „die sprachliche Diskriminierung die wohl ärgerlichste und rassistischste Erscheinung im Kosovo. Viele unter meinen albanischen Bekannten, mit denen ich mich einst auf Serbo-Kroatisch verständigte, wollen jetzt mit mir nicht in dieser Sprache sprechen, und mein Albanisch ist immer noch sehr schlecht. Manchmal existiert jedoch keine andere *lingua franca*. Als ich die provisorische Regierung von Herrn Hashim Thaci aufsuchte, zuckte ein hoch stehender Beamter, den ich seit vielen Jahren kenne, darüber nur mit den Schultern und sprach weiter Serbisch, selbst als seine Assistentin uns den Kaffee brachte. Aber ein anderer hoher Beamter verstummte in ähnlicher Situation für einen Augenblick, dann ging er zu einem eingerosteten Französisch über. Als ich die Vermutung äußerte, es sei wohl etwas mit ihm nicht in Ordnung, stellte er fest: Die Sekretärin könnte ihn denunzieren, dass er unpatriotisch sei.“

Aber es gebe auch andere, die sich dem Terror der Straße und der Propaganda nicht ergeben wollen. Dazu gehörten ihre besten Freunde, die „auf der Straße Serbisch mit mir sprechen. Wir sprechen jedoch hauptsächlich über ihre Befürchtungen, dass das Kosovo von allen Menschen gesäubert wird, die keine ethnischen Albaner sind. Sie meinen, das werde kein glückliches Kosovo sein, und ich stimme ihnen zu.“